



Nr. 56 / 31. März 2014 / FD 13

Gemeinsame Presseerklärung der Universitätsstadt Marburg und der Philipps-Universität

Marburger Erklärung gegen Gewalt

Mit der Unterzeichnung der "Marburger Erklärung gegen Gewalt" am 31. März 2014 im Historischen Rathaussaal, wird ein öffentlich sichtbares Zeichen gesetzt, dass sich Marburger Bürgerinnen und Bürger, kommunale Institutionen, freie Träger, Vereine und Firmen gemeinsam gegen Gewalt aussprechen. Den Opfern soll verdeutlicht werden, dass sie nicht alleine sind und ihnen Hilfsangebote zur Verfügung stehen. Potentiellen Gewalttäterinnen und Gewalttätern sollen mit entsprechenden Maßnahmen Möglichkeiten geboten werden, sich wieder in die friedliche Gesellschaft integrieren zu können.

ReinSicht: Marburg gegen Gewalt' – das ist zugleich Titel und Programm der Zusammenarbeit, welche die Arbeitsgruppe Sozialpsychologie der Philipps-Universität und die Universitätsstadt Marburg im Mai 2013 begonnen haben. "Vorrangig, aber nicht ausschließlich geht es dabei um die Prävention von Gewalt, die von Jugendlichen und jungen Erwachsenen ausgeht. Die internationale Wirkungsforschung zeigt, dass insbesondere solche Präventionsmaßnahmen wirksam sind, die gleichzeitig von verschiedenen Akteuren zum Einsatz gebracht werden. Beispielsweise durch abgestimmte Programmbausteine für Kindergärten und Schulen, Sportvereine oder freie Träger", erläuterte Psychologieprofessor Dr. Ulrich Wagner in seiner Festrede. Ein Schwerpunkt des Projekts sei daher die Koordination der verschiedenen, in Marburg bereits bestehenden Angebote, um deren Wirksamkeit zu erhöhen. Gemeinsam mit verschiedensten Partnern sollen außerdem für die Problemstellungen in der Universitätsstadt Marburg abgestimmte Präventionsmaßnahmen entwickelt und angeboten werden. Eines der Kernziele von "EinSicht: Marburg gegen Gewalt' ist es, Kinder und Jugendliche vor einem Abgleiten in kriminelle Karrieren zu bewahren.

"Das Projekt Marburg gegen Gewalt ist ein weiteres Beispiel der guten Zusammenarbeit zwischen Stadt und Universität. Jeder Mensch muss vor Gewalt und Ausgrenzung geschützt werden, denn Gewalt ist unter keinen Umständen akzeptabel. Gemeinsam wollen wir den Ursachen von Gewalt entgegen wirken um diese zu verhindern", so Oberbürgermeister Egon Vaupel. Universitätspräsidentin Professorin Dr. Katharina Krause betonte anlässlich der gemeinsamen Unterzeichnung: "Ich freue mich besonders über den konkreten Anwendungsbezug dieses gemeinsamen Projekts. Die Erkenntnisse unserer Forscher tragen dazu bei, Lücken in der Gewaltprävention ausfindig zu machen und diese zu schließen".

Neben der Arbeit und Vernetzung auf institutioneller Ebene möchte 'EinSicht: Marburg gegen Gewalt' die bestehenden Präventionsprogramme für die Bürger und Bürgerinnen sichtbarer und leichter zugänglich machen. "Gewalttätiges Handeln ist gelernt. Eine wesentliche ungünstige Lernvoraussetzung für gewalttätiges Handels ist, wenn jungen Menschen vermittelt wird, beziehungsweise sie annehmen, dass der Einsatz von Gewalt in ihrem Umfeld toleriert wird oder sogar erwünscht ist", führte Wagner aus. Alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt seien daher aufgerufen, sich der Unterzeichnung anzuschließen. Die Unterzeichnenden machten damit deutlich, dass Gewalt in dieser Stadt nicht akzeptiert werde.

Die feierliche Unterzeichnung der Erklärung wurde umrahmt von den HipHop-Musikern des "Woodvalley Movement", das im ökumenischen Sozialzentrum Sankt-Martin-Haus angesiedelt ist. Im Rahmen dieses Musikprojekts verarbeiten Jugendliche ihre Erfahrungen im Stadtteil Waldtal.

Weitere Informationen:

www.einsicht-marburg.de

Erläuterungen für an der Unterzeichnung Interessierte:

www.uni-marburg.de/aktuelles/news/2014a/einsichtinfo.pdf

Link zur Selbstverpflichtungserklärung: www.einsicht-marburg.de/Selbstverpflichtung/

Ansprechpartner:

Universitätsstadt Marburg Stephan Grün-Fischer 06421 / 201 831 einsicht@marburg-stadt.de Philipps-Universität Johannes Maaser 06421 / 28 23 625